Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5015

20. 06. 96

Antrag

der Abgeordneten Volker Jung (Düsseldorf), Wolfgang Behrendt, Hans Berger, Peter Dreßen, Peter Enders, Elke Ferner, Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Dieter Grasedieck, Rolf Hempelmann, Dr. Uwe Jens, Horst Kubatschka, Werner Labsch, Klaus Lennartz, Klaus Lohmann (Witten), Dieter Maaß (Herne), Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Christian Müller (Zittau), Manfred Opel, Adolf Ostertag, Otto Reschke, Dieter Schanz, Dietmar Schütz (Oldenburg), Richard Schuhmann (Delitzsch), Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Josef Vosen, Hans Georg Wagner, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Eckpunkte einer langfristigen deutschen Kohlepolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung sind die wichtigsten Ziele: die Versorgungssicherheit, wettbewerbsverträgliche Preisstrukturen, eine rationelle und sparsame Verwendung der knappen Ressourcen, der Schutz des Klimas und die Schonung der Umwelt.

2. Von allen fossilen Brennstoffen hat die Kohle die größten Vorräte. Während die Reichweite von Öl und Gas auf deutlich unter 100 Jahre geschätzt wird, gehen die Prognosen bei der Kohle von rund 400 Jahren aus. Sie wird deshalb auch in Zukunft ein weltweit und national wichtiger Energieträger bleiben. Wegen der globalen Verantwortung muß der Strukturwandel zur effizienten und umweltverträglichen Nutzung auch der Kohle für die Strom- und Wärmeerzeugung gefördert werden. Deutschland hat bei diesen Technologien eine führende Position, die nicht verspielt werden darf. Die strukturpolitische Bedeutung einer eigenen Kohleförderung wird u. a. bestimmt durch

   - die Notwendigkeit, den Zugang zu den Lagerstätten aus Gründen der Versorgungssicherheit und einer langfristigen Preispolitik offenzuhalten,
   - die Stahlindustrie an den Standort Deutschland zu binden,
   - Bergbau-, Kohlekraftwerks- und Veredelungstechnik exportfähig zu halten

   und somit langfristig Zehntausende moderner Arbeitsplätze zu sichern.

Die SPD hat sich immer für eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Nutzung der Kohle eingesetzt. Für sie ist die Sicherung eines Versorgungssockels an heimischer Braun- und Steinkohle unverzichtbar, auch um die Risiken aus der Abhängigkeit von den internationalen Rohstoffmärkten zu verringern. Deshalb ist der Kohle eine mittelfristige Planungssicherheit politisch zu garantieren.

3. Die deutsche Braunkohle ist ein wirtschaftlich konkurrenzfähiger Energieträger und in den Regionen, insbesondere in Ostdeutschland ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor, der mit der laufenden Umstrukturierung sowie der Sanierung und ökologischen Rekultivierung der Tagebaue an Gewicht zunimmt. Es ist deshalb notwendig, mit öffentlichen Hilfen in gleichbleibender Höhe von 1,5 Mrd. DM/Jahr diesen Strukturwandel über das Jahr 2000 hinaus zu fördern.

4. Der Strukturwandel zu einem effizienten und umweltverträglicheren Einsatz der heimischen Steinkohle setzt politische Verläßlichkeit voraus. Es ist deshalb von den Ergebnissen der Kohlerunde 1991 und dem 1994 verabschiedeten Artikelgesetz auszugehen. Danach ist eine schrittweise Verringerung der Fördermenge und ein Arbeitsplatzabbau nur unter der Voraussetzung vereinbart worden, daß jetzt verläßliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die mindestens bis zum Jahr 2005 reichen.

5. Diese Rahmenbedingungen hat die Bundesregierung bis heute nicht geschaffen, denn die Zuwendungsbescheide von 1996 bis 1998 in Höhe von 7 Mrd. DM/Jahr werden von der Bundesregierung zunehmend in Frage gestellt. Außerdem sind die im März 1995 zugesagten Zuwendungsbescheide für 1999 und 2000 bisher nicht erteilt worden. Vorschläge für eine finanzielle Anschlußregelung bis zum Jahr 2005 werden von der Bundesregierung verweigert. Wirtschaftsminister Rexrodt sowie Teile von CDU/CSU und F.D.P. haben erklärt, den heimischen Steinkohlenbergbau nur noch abwickeln zu wollen. Sie nehmen bewußt in Kauf, daß mehr als 100 000 Beschäftigte zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden und die wirtschaftliche Zukunft der Bergbauregionen aufs Spiel gesetzt wird. Diese Anti-Kohle-Politik widerspricht allen bisher getroffenen Vereinbarungen, insbesondere auch den Absprachen zwischen der Bundesregierung und den Revierländern Nordrhein-Westfalen und Saarland.

6. Dieser Politik des Wortbruchs der Bundesregierung wird entschlossen entgegentreten, um einen weiteren Kahlschlag im Bergbau zu verhindern. Der Deutsche Bundestag verlangt noch vor der parlamentarischen Sommerpause von der Bundesregierung die Zusage, daß

   - der Steinkohlenbergbau seine langfristige Entwicklungs- und Leistungsfähigkeit behält;
   - ein Anpassungsprozeß sozialverträglich gestaltet werden muß;
   - bestandskräftige und rechtssichere Zusagen in Form von Zuwendungsbescheiden bis 2005 gegeben werden;

- der Erhalt einer energiepolitisch notwendigen Mindestgröße von 35 Mio. t Jahresförderung gesichert wird;
- die Zusammenfassung des Steinkohlenbergbaus jetzt organisiert wird;
- die Fortsetzung der Lastenverteilung bei den Kokskohlebeihilfen bis 2005 vereinbart wird.

Nur bei dieser Zusage sind die Rahmenbedingungen gegeben, die eine Zusammenführung des deutschen Steinkohlenbergbaus unter einem Dach erwarten lassen. Ohne eine rechtlich verbindliche Plafondgarantie, die einen lebendigen Steinkohlenbergbau ermöglicht, sind alle Verhandlungen, insbesondere zwischen Bund und Ländern und den politischen Verantwortlichen zum Scheitern verurteilt.

Der Deutsche Bundestag verlangt für den heimischen Steinkohlenbergbau Planungs- und Finanzierungssicherheit mindestens bis zum Jahr 2005. Die Mittel zur Förderung von Steinkohle dürfen nicht zur Umstrukturierung der Bergbauregionen verwendet werden.

Der Deutsche Bundestag verlangt ferner Hilfen zur Umstrukturierung der Unternehmen sowie Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung zugunsten der aus dem Bergbau ausscheidenden Menschen und zugunsten der Mantelwirtschaft, die vom Steinkohlenbergbau abhängt. Für diese Mittel werden die Beträge verwendet, die infolge der Verringerung der direkten Kohleförderung von 1996 bis 2000 frei werden. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Absicht der Bergbauunternehmen, in Zukunft gemeinsam unter einem Dach die Effizienz und die Wirtschaftlichkeit der Förderung zu erhöhen und damit den Strukturwandel zu unterstützen. Diese Absicht ist gefährdet, wenn die Bundesregierung die bisher zugesagten Hilfen dem Steinkohlenbergbau in Zukunft verweigert.

Bonn, den 20. Juni 1996

Volker Jung (Düsseldorf)
Wolfgang Behrendt
Hans Berger
Peter Dreßen
Peter Enders
Elke Ferner
Lothar Fischer (Homburg)
Norbert Formanski
Dieter Grasedieck
Rolf Hempelmann
Dr. Uwe Jens
Horst Kubatschka
Werner Labsch
Klaus Lennartz
Klaus Lohmann (Witten)
Dieter Maaß (Herne)
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Manfred Opel
Adolf Ostertag
Otto Reschke
Dieter Schanz
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Josef Vosen
Hans Georg Wagner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333